

Einschreiben
Bundesamt für Sport
z. Hd. Herr Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Bern, 27.03.2012

Vernehmlassung zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Naturfreunde Schweiz möchte gerne zu der oben genannten Vernehmlassung Stellung nehmen, obwohl wir nicht direkt angeschrieben wurden.

Die Naturfreunde Schweiz ist als Landesverband direkt der Naturfreunde International angeschlossen. Wir sind in der ganzen Schweiz mit 140 Sektionen und rund 18'100 Mitgliedern im Bereich Natur- und Outdooranlässe tätig. Unsere Aktivitäten werden als Non-Profit Organisation durch unsere ausgebildeten Fachleiterinnen und Leiter geführt. Wir weisen ein umfassendes Aus- Weiterbildungskonzept aus und arbeiten direkt mit esa (Erwachsenensport Schweiz) und J+S (Jugend+Sport) zusammen.

Die Naturfreunde Schweiz ist mit den Angeboten ihrer Sektionen, Kantonalverbände und des Landesverbandes im Bereich Natur- und Outdoorsport direkt und indirekt vom Verordnungsentwurf betroffen. Denn jedes Jahr nehmen weit über 20'000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene an unseren nationalen und regionalen Angeboten teil, die draussen in der Natur stattfinden (Ferienlager, Exkursionen, Touren, Erlebnistage usw.).

Die Naturfreunde Schweiz begrüsst es grundsätzlich, das gewerbsmässige Anbieten von Risikoaktivitäten mit Hilfe von Bewilligungspflichten einheitlich zu regeln und damit die Sicherheit für Menschen, welche diese Angebote nutzen, zu erhöhen. Jedoch nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass der Geltungsbereich des Gesetzes mit der Verordnung stark ausgedehnt wird und wesentliche Aspekte unklar bleiben. Im Sinne einer zuverlässigen Einschätzung der Rechtslage fordert die Naturfreunde Schweiz deshalb Anpassungen und Präzisierungen in folgenden Bereichen:

Klare Definition der Gewerbsmässigkeit

Der Begriff „gewerbsmässig“ wird in der Verordnung nicht definiert. Somit bleibt unklar, ob damit nur gewinnorientierte Angebote von Risikoaktivitäten gemeint sind oder alle Risikoaktivitäten, für die ein Entgelt entgegengenommen wird. Gemäss Bundesgerichtsentscheid (BGE 129 IV 188) braucht es eine „kritische Grösse eines

erzielten Umsatzes und Gewinns“. In diesem Sinne muss beim Tatbestand der Gewerbsmässigkeit der kommerzielle, touristische Aspekt klar gegenüber dem pädagogischen Stellenwert überwiegen. Dies gilt es in der Verordnung zu explizieren.

Keine Bewilligungs- und Zertifizierungspflicht für Vereins- und Jugendorganisationen

Obwohl Zahlreiche NGOs (Naturfreunde, WWF, Pro Natura, SAC usw.) und Jugendorganisationen im Natur- und Umweltschutz-Bereich auf Freiwilligenarbeit bauen, erheben sie für ihre Aktivitäten im Freien kaum kostendeckende Beiträge an Kurs-, Lager- oder Exkursionskosten. Gewinn erwächst den anbietenden Organisatoren dadurch nicht. Die Verordnung muss deshalb klarstellen, dass diese Aktivitäten von Non-Profit- und von Jugendorganisationen nicht als gewerbsmässig zu klassifizieren und damit auch nicht bewilligungspflichtig sind.

Objektive Gefahren als massgebendes Kriterium

In Art. 2 RiskV Begriffe fehlen die im Gesetz formulierten Einschränkungen (Art. 1 Abs. 1 BG) auf Gefahrenexpositionen wegen der Bezugnahme auf eine Begriffsdefinition aus der Landwirtschaft (Art. 2 RiskV) vollständig. Die Geltung wird bei Bach- und Flussgebieten stark ausgeweitet auf ganze Geländekammern, ohne dass eine Risikoexposition berücksichtigt wurde. Es wird nicht klar, in welchem Verhältnis bewilligungspflichtige Tätigkeiten und die geografischen Orte (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Auch ist u.E. nicht ersichtlich, ob sämtliche gewerbsmässigen Tätigkeiten in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur jene, die in das Tätigkeitsfeld von Bergführern, Schneesportlehrern, Wanderleitern oder Kletterlehrern fallen.

Diese Unklarheiten müssen dringend geklärt werden.

Antrag 1 Unterscheidung von gewerbsmässigen und nicht gewerbsmässigen Angeboten

Es sei Art. 1 RiskV wie folgt zu ergänzen:

² Aktivitäten nicht gewinnorientierter Organisationen sind vom Geltungsbereich ausgeschlossen.

Begründung

1. Fehlende Gewinnorientierung von NGO's, Freiwilligen- und Jugendorganisationen

Natur- und erlebnisorientierte Aktivitäten im Bereich Natur- und Umweltschutz, bei NGO's und im Jugendbereich stützen sich zum grössten Teil auf Freiwilligenarbeit ab und sind deshalb nicht als gewerbsmässig zu klassifizieren, auch wenn sie über verhältnismässig bescheidene Lager-, Exkursions- oder Kurskosten finanziert werden.

2. Klare Unterscheidung von Gewerbsmässigkeit und Nichtgewerbsmässigkeit in der Verordnung verankern

Der Begriff "Gewerbsmässigkeit" definiert das Bundesgericht u.a. in BGE 129 IV 188, wer "einen grossen Umsatz oder einen erheblichen Gewinn" daraus erzielt. Der Begriff der

Gewerbsmässigkeit liegt eher vor, wenn es sich um klar „touristische Angebote“ ausserhalb der informellen Bildung handelt, bei denen das kommerzielle Anliegen höher als das pädagogische Anliegen gewichtet wird.

3. Verhältnismässigkeit der Bewilligungspraxis

Wir schliessen uns der Forderung der SAJV an, dass die ausserschulische Jugendarbeit von den oben genannten Pflichten explizit ausgenommen wird. Denn das Einholen von Betriebsbewilligungen für jeden einzelnen Aufenthalt im Gelände oder das Besuchen von zusätzlichen Kursen zu den bisherigen Aus- und Weiterbildungen (verbandsinterne Kurse, J+S-Kurse) wäre für diese Organisationen nicht tragbar – aus folgenden Gründen:

- Erstens, weil sie sehr gross sind (die Pfadibewegung Schweiz alleine umfasst z.B. rund 600 Ortsgruppen, welche regelmässig Aktivitäten im Freien durchführen).
- Zweitens, weil sie weitestgehend auf freiwilliger Arbeit beruhen. Bereits jetzt investieren freiwillig engagierte Jugendliche und junge Erwachsene hunderte in ehrenamtlicher Arbeit geleistete Stunden, um sicherheitsrelevante Kurse anbieten und durchführen bzw. an diesen teilnehmen zu können.
- Drittens, weil die Kosten für zusätzliche Ausbildungen sowie Zertifizierungen nicht tragbar wären.

4. Förderung der safety-policies ausserhalb der Bewilligungspflicht

Die „safety policy“ der natur- und erlebnispädagogischen Aktivitäten soll durch andere, geeignetere Instrumente wie Qualitäts- und Sicherheitsstandards der betroffenen Institutionen (Naturfreunde, SAC, WWF, Pro Natura, Jugendverbände usw.) sowie mit einer professionellen Aus- und Weiterbildung der leitenden Personen sichergestellt werden.

Wir stehen sehr kritisch der namentlichen Erwähnung der Stiftung „Safety in adventures“ in der Verordnung gegenüber.

Wir danken Ihnen für die Prüfung unserer Anträge.
Freundliche Grüsse



Hans Imhof
Präsident



Rolf Käser
Geschäftsführer



Anita Rossel
Kurschefin